

## Warten auf Godot?

von Reiner Bernstein\*

Vor kurzem haben Bernd Rütters und Clemens Höpfner eine „schleichende(n) Erosion rechtsstaatlicher Prinzipien“ beklagt. Was beide Rechtswissenschaftler auf Mutationen in der juristischen Ausbildung bezogen, lässt sich auf die Politik übertragen: Der Bundestag sieht seinen Gestaltungsprimat gefährdet. Die Exekutive tritt als Souverän auf mit den Fraktionsspitzen im Schlepptau. Diesen Einbruch in die Gewaltentrennung erleben Abgeordnete in ihrem Wahlkreis auch bei Gesprächen über „Leopard 2“-Lieferungen nach Saudi-Arabien oder über die Verweigerung der Vollmitgliedschaft Palästinas in den Vereinten Nationen.

Zwecks Kompensation der Fehlentwicklungen käme niemand auf die Idee, den Regierenden das Charisma außergewöhnlicher Qualitäten zuzusprechen. Stattdessen sind ihr Züge einer griechischen Tragödie eigen, so wenn Guido Westerwelle gegen den Weg der Palästinenser in die nationale Unabhängigkeit die Besonderheit der deutsch-israelischen Beziehungen ins Feld führt. Vertraut Angela Merkel einer israelischen Regierung, der sie im Februar die politische Rechtschaffenheit absprach? Will die oppositionelle SPD-Fraktion dem Ethnozentrismus das Wort reden, wenn sie „unterstreicht, dass eine Lösung der Flüchtlingsfrage den jüdischen Charakter des Staates Israel nicht in Frage stellen darf“, obwohl die Arabische Friedensinitiative von 2002 wiederholt, dass eine „gerechte Lösung“ der Zustimmung aller Parteien bedarf, und die palästinensisch-israelische Genfer Initiative von 2003 in Artikel 7 detailliert Regelungen vorgeschlagen hat?

Die Bereitschaft, „einen palästinensischen Staat *gegebenenfalls* anzuerkennen“, bedeutet die Abdankung von Augenmaß und

---

\* Abgeschlossen am 04. September 2011.

Weitsicht. Wer auf sie verzichtet, muss den Mut haben, dem Mantra der Zwei-Staaten-Lösung endgültig Lebewohl zu sagen. Und wer – wie jetzt in einem Papier des Auswärtigen Amtes geschehen – behauptet, dass eine gelungene Transformation der „Vielfältigkeit und Widersprüchlichkeit der aktuellen Lage“ in Ägypten und Tunesien „mittelfristig“ positive Auswirkungen auf den Nahostkonflikt haben werde, wartet auf Godot.

Ja, den arabischen Systemwenden wohnen strategische Risiken inne, die vor Israel nicht haltmachen. Aber durch die Fortdauer des klassischen Regionalkonflikts ist ihre weitere Dramatisierung vorgegeben. Als wir die PLO nicht wollten, bekamen wir Hamas, und wer Hamas nicht will, muss sich auf Al-Qaeda einrichten, kommentierte Akiva Eldar in „Haaretz“ –: Der politische Immobilismus Benjamin Netanjahus verhilft der Parole „Der Islam ist die Lösung“ zu neuerlicher Geltung. Da die Regierungen in Kairo und Amman mehr denn je auf die emphatische Loyalität ihrer Bürger angewiesen sind, stehen auch die Friedensverträge mit dem Nachbarn zur Debatte.

Manche Beobachter bezweifeln, dass ein Status als „non-state member“ den Palästinensern das Recht einräumt, den Internationalen Strafgerichtshof anzurufen. Es ist hier nicht der Ort, das Für und Wider abzuwägen. Doch einige Staaten könnten geneigt sein, gleichsam stellvertretend Verfahren wegen mutmaßlicher israelischer Menschenrechtsverletzungen gemäß der UN-Charta in Den Haag zu betreiben, wenn die Autonomieregierung durch zahllose Hürden daran gehindert würde, eigenverantwortlich das Gericht anzurufen – und das Ende ihrer „Versöhnungsgespräche“ mit Hamas zu riskieren, sollten Palästinenser aus dem Gazastreifen der Verletzung von Menschenrechten bezichtigt werden. Gegner Palästinas wären gut beraten, darüber nachzudenken, ob die Autonomieregierung unter Vorsitz des PLO-Präsidenten Machmud Abbas mehr demokratische Legitimität und Glaubwürdigkeit in die

---

politische Waagschale einbringen kann als UN-Mitglieder, denen diese Qualitäten kaum zugesprochen werden können.

Inzwischen droht Abbas zwischen den Frontlinien zerrieben zu werden. Aber beide Völker sind – wie Abba Eban vor fast vierzig Jahren betont hat – durch das Schicksal der Zeitgeschichte und den definitiven Anspruch auf dasselbe Land aneinander gekettet. Nur wenige Regierungen wie jene in Berlin wollen im historischen „schwarzen September“, auf den jüngst Tom Segev hingewiesen hat, dem israelischen Ministerpräsidenten die politische Treue halten. Die Missdeutung von Chancen einer Konfliktbereinigung ist komplett. Zu ihr reicht die neuerliche Beschwörung von „Parametern“ nicht aus.

-----